



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

Legislaturperiode: VIII
Sitzung Nr.: 24 vom 23. Juni 2003
Ort: Kronenmattsaal
Dauer: 19.30 bis 22.05 Uhr

Leitung: T. M. Petitjean, Präsident

Protokollführung: B. Christen

Anwesend: 39 Mitglieder (A. Achermann und D. Anliker treffen später ein.)

Abwesend: T. Lutz

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 23. Sitzung vom 19. Mai 2003 wird mit folgender Korrektur genehmigt: Seite 307 muss der zweite Beschluss heissen: Die Motion der CVP-Fraktion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Besonderes: Für den abwesenden T. Lutz, FDP, übernimmt M. Bolleter das Ermitteln der Stimmen.
Weil sich Gemeindeverwalter B. Gehrig entschuldigen liess, steht stellvertretend R. Flück zur Verfügung, sollten insbesondere zur Rechnung 2002 Fragen auftauchen.

Präsident:

für das Protokoll:

Thomas M. Petitjean

Petra Dupps

Mitteilungen des Präsidenten:

- T. Petitjean blickt mit Genugtuung auf sein Präsidialjahr zurück, obwohl er substanziell mehr erwartet hat - auch in diesem Jahr gab es keine Leistungsaufträge zu beraten. Um so ausgiebiger wurde über ein Lastwagenverbot im Neubadrain diskutiert.
- Am 22. Mai wurde die zehnjährige Freundschaft mit Kaluga gefeiert. Anwesend waren der Bürgermeister von Kaluga sowie der russische Botschafter. Es war in jeder Hinsicht ein gelungenes Fest.
- Zwei Tage später, am Samstag, 24. Mai, nahmen der Einwohner- und Gemeinderat fast vollständig am Einwohnerrats-Ausflug nach Utzenstorf teil, wo Jagdmuseum und Schloss besichtigt wurden. Solche freundschaftlichen Begegnungen ausserhalb des Parlaments sind wichtig und positiv.
- Bereits an der letzten Sitzung ist der Rücktritt von Erik Schellenberg auf Ende Juni angekündigt worden. Während acht Jahren war er Parlamentsmitglied der SP-Fraktion. Seit 1996 war er Mitglied bzw. seit 2000 Vizepräsident der Bau- und Planungskommission. Ausserdem wirkte er in mehreren Spezialkommissionen mit, u. a. betreffend Reklame- und Einwohnerrats-Reglement; 1999 war er Präsident der Spezialkommission betreffend Teilrevision des Baurechts-Reglements. Zudem amtierte er einige Zeit als Stimmzähler. Erik Schellenberg hat sich sehr eingesetzt, wofür ihm zum Abschied bestens gedankt wird.

Neue persönliche Vorstösse :

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- Postulat M. Hopf, FDP, und Mitunterzeichner/innen vom 18.6.2003: Luftverkehrspolitik der Gemeinde Binningen / Erhalt des EuroAirports

FDP: *M. Hopf* fasst den Inhalt des Postulats wie folgt zusammen: Der Flughafen produziert nicht nur Lärm, welchen es zu bekämpfen gilt. Primär handelt es sich um einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor, den es auch seitens der Politik unbedingt zu fördern und zu erhalten gilt.

- Interpellation SP-Fraktion vom 23.6.2003: Positionierung von Natel-Antennen im öffentlichen Raum

Die Interpellation wird vorgelesen.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten für das Amtsjahr 1.7.2003 bis 30.6.2004	152
2. Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003: Wahl einer Vizepräsidentin / eines Vizepräsidenten für das Amtsjahr 1.7.2003 bis 30.6.2004	153
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003: Teilrevision Gemeindeordnung	117
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.5.2003: Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement	155
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.4.2003 und Bericht der GRPK vom 4.6.2003: Gemeinderechnungen 2002	150
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.4.2003 und Bericht der GRPK vom 19.5.2003: Strategischer Entwicklungs- und Finanzplan 2000 - 2008 (SEF), rollende Anpassung 2003	151
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.4.2003: Strategische Alternativ-Finanzplanung 2003 - 2007	142*
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.3.2003 und Bericht der GRPK vom 27.5.2003: Jahresbericht 2002	144
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.5. 2003: Orientierung über die Kanalabwärmenutzung in der Baslerstrasse durch die WBA (Wärmeversorgung Binningen AG) und Abrechnung des Beitrags an die WBA	156*
10. Diverses	

* Diese beiden Traktanden sind aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.

Traktandum 1**Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003:

Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten für das Amtsjahr 1.7.2003 bis 30.6.2004 152Eintreten:

FDP: *M. Zimmermann* stellt den jetzigen Vizepräsidenten vor, welcher von seiner Fraktion für das neue Amtsjahr zum Präsidenten vorgeschlagen wird. Eduard Rietmann ist seit 1992 Einwohnerrat. Seit seinem Amtsantritt bis Februar 2002 war er Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission bzw. der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Von 2000 bis 2002 hatte er das Fraktionspräsidium der Freisinnigen inne. Mehrfach war er Mitglied von Spezialkommissionen bzw. war er Präsident der Spezialkommission "Binningen 2000" sowie für das neue Personal-Reglement. Er ist verheiratet, wohnt seit 1972 in Binningen und ist Bürger unserer Gemeinde. Seine beiden Kinder sind erwachsen. Beruflich ist er Leiter von Finanzen und Personal bei Basel Tourismus.

Präsident T. Petitjean konstatiert, dass keine weiteren Wortbegehren gestellt werden. Deshalb können die Wahlzettel ausgeteilt werden.

::: Als Präsident für das Amtsjahr 2003/2004 wird, bei einem absoluten Mehr von 20 Stimmen, mit 33 Stimmen gewählt: **Eduard Rietmann, FDP**

FDP: *E. Rietmann* dankt den Anwesenden für das klare Ergebnis und bestätigt, dass er das Amt annimmt.

Traktandum 2:**Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003:

Wahl einer Vizepräsidentin / eines Vizepräsidenten für das Amtsjahr 1.7.2003 bis 30.6.2004 153Eintreten:

SP: *S. Zürcher:* Für das "stillste Amt" im Rat, wie es E. Rietmann vor einem Jahr bezeichnete, schlägt seine Fraktion Verena Dubi vor. Sie ist seit der VII. Amtsperiode, d. h. seit 1996 verdienstvolles Ratsmitglied und wird deshalb wärmstens zur Wahl empfohlen.

Präsident T. Petitjean kündigt an, dass während der Wahlermittlung die Gemeindepräsidentin sich zum Wort melden wird betreffend der kürzlich erfolgten Ernennung eines neuen Gemeindeverwalters.

::: Als Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2003/2004 wird, bei einem absoluten Mehr von 20 Stimmen, mit 30 Stimmen gewählt: **Verena Dubi, SP**

SP: *V. Dubi* erklärt sich gerne bereit, das Vizepräsidium zu übernehmen.

Gemeindepräsidentin B. Fünfschilling erklärt, dass der Gemeinderat die Ausschreibung und Vorselektion für die Gemeindeverwalterstelle einem spezialisierten Büro übertragen hat. Von 145 Bewerbungen wurden zwölf Personen zu einem persönlichen Gespräch eingeladen, vier wurden

einem Ausschuss des Gemeinderats vorgestellt. Schliesslich sind zwei Bewerber dem Gesamtgemeinderat zur Wahl vorgeschlagen worden. Dieser hat sich am 23. Juni für Olivier Kungler, geboren 1969, als neuen Gemeindeverwalter entschieden. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern und wohnt in Bottmingen. Die Schulen besuchte er in Oberwil, danach schloss er an der Uni Basel das Studium als Wirtschaftswissenschaftler ab. Während des Studiums war er freier Medienmitarbeiter; während 1 1/4 Jahren war er auf der Finanzdirektion in Bern tätig, anschliessend hat er während drei Jahren in der eidgenössischen Finanzverwaltung als Projektleiter am Aufbau von NEF (analog WOV) mitgewirkt. Seit knapp einem Jahr ist er wieder bei der kantonalen Verwaltung Bern als Leiter der Abteilung Entwicklung und ist Mitglied der Geschäftsleitung. Er ist sportlich und betreibt als Hobbys Squash, Bergläufe und Boxen. Er wird am 17. November seine Stelle antreten und während eines Monats von Bruno Gehrig eingearbeitet. Der Gemeinderat steht mit Überzeugung hinter der getroffenen Wahl.

Traktandum 3

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2003:
Teilrevision Gemeindeordnung

117

Eintreten:

FDP: S. Cron: Die Anpassung drängt sich vor allem aufgrund des neuen Bildungsgesetzes hinsichtlich der kommunalen Behördenorganisation und -wahlen auf. Die neue Struktur der Schulpflege sieht einen Primar-, und Sekundarschulrat sowie einen Musikschulrat vor. Die FDP-Fraktion erachtet diese Änderung als sinnvoll. Sie beantragt jedoch, dass auch der Musikschulrat vom Einwohnerrat und nicht wie vorgesehen durch den Gemeinderat zu wählen ist. Dies ist nur konsequent und entspricht der vor drei Jahren erlassenen Gemeindeordnung. Überdies wird gewünscht, dass - mindestens in einer Anfangsphase - die Leistungsvereinbarungen zwischen den Schulräten und der Exekutive auch dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden. Den Anträgen des Gemeinderats wird grundsätzlich zugestimmt. Wie bereits oben erwähnt, soll jedoch auch der Musikschulrat vom Einwohnerrat gewählt werden. Paragraph 6^{bis} ist deshalb ersatzlos zu streichen und § 20 Abs. 1 entsprechend zu ergänzen. Ausserdem empfiehlt ihre Fraktion dem Gemeinderat, bei der Abstimmung darauf zu achten, dass die Stimmberechtigten sich separat dazu äussern können, welcher Schulrat durch wen gewählt werden soll. Dies würde Klarheit über die Meinung der Stimmbürger/innen schaffen. Überdies ist in den Abstimmungserläuterungen darauf hinzuweisen, welche Änderungen aufgrund von Entscheiden zwingend vorgenommen werden müssen.

SP: A. Erhardt kann sich dem nicht anschliessen. Drei Aspekte werden als problematisch erachtet: Bei der Volksabstimmung zur neuen Gemeindeordnung hat der Souverän klar zum Ausdruck gebracht, dass die Schulräte vom Volk zu wählen sind, dem ist Rechnung zu tragen. Zweitens ist der Musikschulrat gemäss kantonalen Gesetzgebung den übrigen Schulräten gleich gestellt. Derzeit fehlen jedoch die kantonalen Detailbestimmungen noch. Daher ist es nicht klug, wenn Binningen "vorprescht" und der Gemeinderat die Wahl bereits vornimmt. Die strategische Führung dieser Behörde ist mit einem Fragezeichen zu versehen, nämlich ob die vorgesehenen drei Fachräte die nötige Kompetenz dafür aufweisen. Drittens ist bei den übrigen Fachbehörden, z. B. Vormundschaft, die Kompetenzzuweisung ebenfalls nicht klar geregelt. Weil noch einige heikle Fragen offen sind, stellt seine Fraktion den Antrag, dass sich eine Spezialkommission von fünf allenfalls sieben Mitgliedern damit befasst.

CVP: B. Bächtiger hält fest, dass seine Fraktion insbesondere die neue klare Gliederung der Schulräte begrüsst und dem Antrag des Gemeinderats folgt, wonach diese neu durch den Einwohnerrat gewählt werden. Bedauerlich ist, dass § 14, welcher die Unvereinbarkeit regelte, wieder aufgehoben werden muss.

Grüne: K. Birkhäuser ist lediglich mit der Zuordnung der Schulbehörde zu den Fachbehörden nicht einverstanden. Diesbezüglich teilen die 'Grünen' die Ansicht der SP-Fraktion. Aufgrund des Bil-

dungsgesetzes ist die Schulbehörde eben gerade keine Fachbehörde, sondern eine politische, welche über strategische Fragen entscheidet, z. B. über Schulprogramm, Budget und zudem die Lehrkräfte wählt. Die Mitglieder der Schulräte sollten weiterhin vom Volk ernannt werden, wie dies vor drei Jahren bei der Volksabstimmung zum Ausdruck kam. Der Antrag auf eine Spezialkommission wird unterstützt.

SVP: *U. Rediger* bedauert, dass § 14 gestrichen werden muss. Grundsätzlich vertritt seine Fraktion den Standpunkt der FDP. Die neuen Räte sollten zudem auf ein personelles Minimum beschränkt bleiben. Beispielsweise kann er sich vorstellen, dass ein Musikschulrat von drei statt fünf kompetenten Mitgliedern ausreicht. Zu denken gibt ihm die Aussage von A. Erhardt, dass das Bildungsgesetz noch gewisse Retuschen in Detailfragen erfahren könnte. Der Antrag der FDP bezüglich Wahl der Schulräte wird befürwortet.

EVP: *U. von Bidder* stellt sich klar hinter die Aussagen von K. Birkhäuser. Der Schulrat entscheidet nicht Fachfragen, sondern ist die politische Führung. Die Schulleitung wird sich vermehrt mit den administrativen Belangen befassen müssen. Das Gremium ist vom Volk zu wählen.

FDP: *M. Hopf* hält nichts von einer Überweisung an eine Spezialkommission. Bereits anlässlich der Totalrevision der Gemeindeordnung ist die Frage, wer die Schulräte wählen soll, intensiv diskutiert worden. Bei der entsprechenden Konsultativabstimmung wurde seitens des Einwohnerrats empfohlen, dass die Schulpflege in ihrer bisherigen Form vom Volk gewählt werden soll. Auf der Basis des neuen Bildungsgesetzes wird nun aber die Wahl durch den Einwohnerrat bevorzugt. Die Bedeutung der Schulpflege wird im politischen Bereich abnehmen.

://: Der Antrag der SP-Fraktion, dass sich eine Spezialkommission mit der Teilrevision der Gemeindeordnung befassen soll, wird abgelehnt.

(14 Ja, 21 Nein bei 4 Enthaltungen)

SP. *V. Dubi* nimmt das Votum von S. Cron auf und beantragt, dass die Stimmbevölkerung die Möglichkeit erhalten soll, separat dazu Stellung zu nehmen, welche (Fach-) Behörde von wem gewählt werden soll. Persönlich würde sie eine Wahl durch den Einwohnerrat bevorzugen.

Präsident T. Petitjean weist darauf hin, dass der Antrag schriftlich zu formulieren ist und in der anschliessenden Detailberatung berücksichtigt wird.

Detailberatung:

Gemeinderat M. Joset äussert sich zur Änderung in § 5 Abs. 2. Bei den Schulräten bildet die Musikschule ein besonderer Fall, weil sie von Binningen und Bottmingen gemeinsam geführt wird. Der Gemeinderat hat eine einvernehmliche Vereinbarung ausgearbeitet. Die entsprechende Vorlage an den Einwohnerrat wird im August vorgelegt. Der Musikschulrat wird anfänglich aus fünf Mitgliedern bestehen: Von beiden Gemeinden ist je ein Gemeinderat vorgesehen sowie zwei zu wählende Mitglieder aus Binningen, eines aus Bottmingen. Es macht Sinn, dass der Gemeinderat die beiden Vertreter/innen wählt, weil es Fachleute sein müssen und ein Proporzverfahren in jedem Fall nicht zur Diskussion steht. Dieses Vorgehen wurde mit Bottmingen vereinbart. Deshalb bittet er den Rat, die Regelung zu akzeptieren.

FDP: *M. Metz* sieht keinen zwingenden Grund, dass der Gemeinderat die Binninger Mitglieder des Musikschulrats wählt; denn auch das Parlament ist dazu in der Lage. Zudem vertritt er die Auffassung, dass es nicht zweckmässig ist, wenn Binningen in seiner Gemeindeordnung festlegt, wie Bottmingen seine Musikschulräte zu wählen hat; dies verletzt die Gemeindeautonomie der Nachbargemeinde. Daher sollte der Satz gestrichen werden.

SVP: *U. Rediger* teilt diese Ansicht. Der Einwohnerrat hätte das gleiche Interesse daran, dass Fachleute in den Musikschulrat gewählt werden. Einmal mehr werden übrigens in der Vorlage Leistungsvereinbarungen erwähnt. Er möchte erfahren, wann diese nun konkret vorliegen werden, damit die Behörden ihre Arbeit aufnehmen können.

Präsident T. Petitjean erwähnt, dass inzwischen ein schriftlicher Antrag der 'Grünen' vorliegt, welcher verlangt, dass in § 6 Abs. 2 lit. d) nicht aufgehoben wird.

Grüne: *K. Birkhäuser* begründet die Beibehaltung: Er befürchtet, dass bei einer Wahl der Schulpflegemitglieder durch den Einwohnerrat diese nach Parteizugehörigkeit und Proporz gewählt würden. Die Schulräte müssten jedoch unbedingt unabhängig einer Parteizugehörigkeit durch das Stimmvolk wählbar sein.

FDP: *M. Hopf* ist seinerseits vom Gegenteil überzeugt, nämlich dass bei einer Wahl durch den Souverän die Parteipolitik viel stärker ausschlaggebend ist.

FDP: *M. Zimmermann:* In Anbetracht der Schwierigkeit, geeignete Kandidatinnen / Kandidaten zu finden, ist es seines Erachtens effizienter, wenn alle Schulräte vom Einwohnerrat gewählt werden.

SVP: *U. Rediger* hält dem Antragsteller Birkhäuser entgegen, dass auch die Legislative alles Interesse daran hat, ausgewiesene Leute in die Schulräte zu wählen.

::: **Der Antrag der 'Grünen' betreffend Beibehaltung von lit. d) in § 6 wird abgelehnt.**

12 Ja, 24 Nein bei 3 Enthaltungen

::: **Der FDP-Antrag, wonach in § 20 Abs. 1 der Musikschulrat ebenfalls vom Einwohnerrat gewählt werden soll, wird klar angenommen.**

(33 Ja, 3 Nein bei 3 Enthaltungen)

In Folge dessen wird § 6^{bis} gestrichen.

SVP: *U. Rediger* moniert die Antwort des Gemeinderats auf seine Frage bezüglich Leistungsaufträge.

Gemeindepräsidentin B. Fünfschilling erläutert, dass die Leistungsaufträge fertiggestellt sind, jedoch die Zahlen noch fehlen. Vor Ende Jahr sollten die ersten Leistungsaufträge dem Einwohnerrat unterbreitet werden können. Bei der Schule geht es um Leistungsvereinbarungen. Voraussetzung ist, dass die Schulräte gewählt sind, bevor diese in Angriff genommen werden können.

SVP: *U. Rediger* entgegnet, dass die Vereinbarung seines Erachtens nicht abhängig von den gewählten Schulräten ist, geht es dabei doch um eine Sachfrage.

Gemeindepräsidentin B. Fünfschilling antwortet, dass die Schulräte aufgrund des Gesetzes ihre Kompetenzen kennen.

Präsident T. Petitjean gibt bekannt, dass die SP-Fraktion den schriftlichen Antrag stellt mit konkreten Fragen, welche bei der Abstimmung dem Volk unterbreitet werden sollen. Diese lauten:

1. Wollen Sie den Primarschulrat durch das Volk wählen lassen?
2. Wollen Sie den Sekundarschulrat durch das Volk wählen lassen?
3. Wollen Sie den Musikschulrat durch das Volk wählen lassen?

Präsident T. Petitjean gibt zu bedenken, dass bei Ablehnung dieser Fragen auch eine Alternative geboten werden muss. Ausserdem muss das Parlament jetzt festlegen, wie das Prozedere aussehen soll.

FDP: *M. Hopf* sieht eine praktische Schwierigkeit, weil es diesmal keine Konsultativabstimmung ist, sondern sich die Abstimmenden zu konkreten Änderungen von Paragraphen äussern müssen. Die Anregung seiner Fraktion, dass das Stimmvolk wenn möglich einzeln dazu Stellung nehmen kann, welcher Schulrat durch wen zu wählen ist, kann vielleicht nicht umgesetzt werden. Ausserdem könnte die absurde Situation entstehen, dass eine heute beschlossene Änderung angenommen, eine andere hingegen abgelehnt wird, denn es ist derzeit kein Wahlorgan vorgesehen. Die Parteien haben deshalb die Pflicht, im Vorfeld der Abstimmung die Konsequenzen der einen konkreten Än-

derung betreffend Wahl der Schulbehörde aufzuzeigen. Alles Weitere sind rein formelle Reglementanpassungen. Bei Ablehnung gelten die bisherigen Regelungen.

Grüne: *K. Birkhäuser* stellt sich das Prozedere nicht derart kompliziert vor. Das Volk wird Stellung nehmen müssen zur Gesamtvorlage. Betreffend Wahl der Schulräte wird als Alternative gefragt, ob letztere durch das Volk zu wählen sind. Ist die Mehrheit dagegen, wird die Wahl künftig durch den Einwohnerrat vorgenommen.

Präsident T. Petitjean äussert Bedenken, ob so vorgegangen werden kann, weil über Gesetzestexte abgestimmt wird und nicht über einzelne Artikel.

Grüne: *K. Birkhäuser* erwägt, dass zwei Varianten vorgelegt werden können, einmal Wahl durch das Volk oder aber Wahl durch den Einwohnerrat.

FDP: *M. Hopf* erwähnt, dass der Rat noch heute Abend beschliessen müsste, wie der Text lautet, welcher auf dem Abstimmungszettel gedruckt wird.

CVP: *H. Senn* plädiert für Abbruch der Debatte. Es soll keine "Überdemokratisierung" betrieben werden. Über den Antrag der FDP ist abzustimmen. Als vom Volk gewählte Vertretung ist die Legislative durchaus fähig, geeignete Leute in die Schulräte zu wählen.

SP: *A. Braun* entgegnet, dass eher von einem Abbau der Demokratie gesprochen werden muss. Die Schulräte nehmen nun mal eine besondere Stellung ein, weil die Bevölkerung mit dieser Behörde am ehesten direkt in Kontakt kommt.

Präsident T. Petitjean schlägt vor, dass gemäss Antrag der SP die Frage, wer die Schulräte wählen soll, bei der Abstimmung separat gestellt wird, entweder durch den Einwohnerrat oder vom Volk. Die praktische Umsetzung wird dann dem Gemeinderat überlassen.

EVP: *U. von Bidder* befürwortet diesen Vorschlag. Falls die Teilrevision vom Souverän abgelehnt wird, kann daraus der Rückschluss gezogen werden weshalb.

Mit 21 Ja, 17 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: Anlässlich der Volksabstimmung ist den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Frage der Wahl für die Schulräte (Wahl durch das Volk oder Wahl durch den Einwohnerrat) zu unterbreiten.

Mit 29 Ja, 4 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:**
1. Die Teilrevision der Gemeindeordnung der Gemeinde Binningen vom 23. August 1999 wird beschlossen.
 2. Die teilrevidierten Bestimmungen treten auf den 1.1.2004 in Kraft.

Traktandum 4:**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.5.2003:

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement**155**Eintreten:

FDP: S. Cron: Im Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) werden ebenfalls Anpassungen aufgrund des kantonalen Bildungsgesetzes nötig sowie die Angleichung der Namen von Kommissionen gemäss der kantonalen Gesetzgebung. Die Fraktion stimmt den gemeinderätlichen Anträgen zu.

Stellungnahme des Gemeinderats: entfällt.

Detailberatung:

FDP: M. Metz beantragt die Streichung in § 6 Abs. 3 "der Gemeinderat ist in den Fachbehörden ...". Dies muss nicht im Reglement zementiert werden; denn von Gesetzes wegen besteht keine Notwendigkeit. Es soll dem Entscheid des Einwohnerrats im spezifischen Fall überlassen werden.

Präsident T. Petitjean wendet ein, dass dies im Widerspruch zur Gemeindeordnung stehen könnte, was sogleich überprüft wird. Laut Gemeindeordnung war bisher der Gemeinderat in Kommissionen mit behördlichen Befugnissen (mit Ausnahme der Wahlkommission) je mit einem Mitglied vertreten. Laut Gemeindegesetz muss ein Gemeinderatsmitglied z. B. der Vormundschaftsbehörde angehören.

M. Metz meint, wenn dies in einem dem Gemeindegesetz oder der Gemeindeordnung übergeordneten Gesetz verankert ist, im VOR nicht zwingend festzuschreiben ist. Ist dies nicht der Fall, beantragt er Streichung.

FDP: M. Hopf weist darauf hin, dass diese Frage bereits anlässlich der Revision der GO diskutiert wurde. Diese gesetzgeberischen "Überbeine" wurden bewusst belassen, obwohl sie eigentlich ohne Bedeutung sind. Der Zweck davon ist, dass die Reglemente wie GO oder VOR aus sich selbst verständlich sind und sich ein Nachschlagen in mehreren Erlassen erübrigt. Insbesondere macht es kaum Sinn, einzelne Abweichungen von dieser Regelung zu beschliessen.

Präsident T. Petitjean ergänzt, dass in § 33 der Gemeindeordnung die Kommissionen aufgezählt sind, in welchen ein Mitglied des Gemeinderats von Amtes wegen angehören muss.

FDP: M. Metz zieht seinen Streichungsantrag zurück.

Mit eindeutigen Mehr wird beschlossen:

://: Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements der Gemeinde Binningen vom 23.8.1999 wird beschlossen.
--

Traktandum 5**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.4.2003 und Bericht der GRPK vom 4.6.2003:
Gemeinderechnungen 2002

GRPK-Präsident M. Hopf: verzichtet auf die Wiederholung dessen, was in der Vorlage und im Bericht dazu festgehalten ist. Der Rechnungsabschluss 2002 darf erneut als erfreulich bezeichnet werden.

Eintreten:

CVP: *H. Senn* dankt für die immense Arbeit, welche hinter der Erstellung des Abschlusses steht. Offiziell schliesst die Rechnung mit 32'650 Franken ab; tatsächlich ist das Resultat wesentlich besser, nämlich im Vergleich zum Budget um 5,2 Mio. Franken, darin inbegriffen Abschreibungen und Vorfinanzierungen. Erneut konnten die Investitionen aus dem Cashflow finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad betrug fast 102 %. Wiederum schlossen die Steuererträge um 3,1 Mio. und die Nebensteuern mit 1,6 Mio Franken wesentlich positiver ab als erwartet. Kurzum, die Finanzlage von Binningen ist immer noch - fast unanständig - gut. Den Anträgen wird zugestimmt. Die Pessimisten und Sparfanatiker im Rat müssen ihre Meinung revidieren. Vor diesem Hintergrund sind Investitionen für Projekte, wie beispielsweise der Schlosspark, gerade in einer rezessiven Periode endlich zu tätigen. Eine gleichzeitige leichte Steuersenkung ab nächstem Jahr kann ebenfalls verkraftet werden. Die Gemeinderatsvorlage zum Projekt Schlossareal wurde für diese Sitzung in Aussicht gestellt und liegt immer noch nicht vor. Es besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Vorfinanzierungen gemäss Finanzreglement nach mehr als fünf Jahren verfallen.

Grüne: *K. Birkhäuser* schliesst sich dem Votum des Vorredners an. Bei dieser Finanzsituation sind Budgetdebatten um lächerliche Beträge, wie Streichung von Wandtafeln für die Schulen oder von Sparlampen für die Strassenbeleuchtung, schlichtweg peinlich.

SP: *A. Braun:* Es ist Brauch geworden, dass im Dezember die Schwarzmaler den Binninger Finanzhaushalt in düsteren Farben schildern und ein gefährliches Finanzloch prophezeien. Ebenso regelmässig wird dann bei der Präsentation der Rechnung der Ruf nach Steuersenkung laut. Weil die Gemeinde keinen Franken Schulden hat, über 13 Millionen Eigenkapital verfügt und 9 Mio. für Vorfinanzierungen vorhanden sind, ist es Zeit, Investitionen zu tätigen. Der Sachaufwand ging zurück, nicht zuletzt weil beim baulichen Unterhalt gespart wurde. In absehbarer Zeit wird aber alles Aufgeschobene gleichzeitig nachzuholen sein. Die Begründung der höheren Personalkosten ist nachvollziehbar. Den Anträgen des Gemeinderats wird seine Fraktion zustimmen.

SVP: *E. Kohl* sieht die Zukunft im Hinblick auf die Wirtschaftslage nicht so rosig. Um so besser ist es deshalb, wenn ein Finanzpolster vorhanden ist. Wird der Abschluss als fast unanständig gut bezeichnet, ist dagegen zu halten, dass es anständig ist, wenn die Einwohner/innen davon profitieren, indem sie weniger Steuern bezahlen müssen.

FDP: *M. Metz* erklärt, dass die Fraktion die Anträge des Gemeinderats gutheisst. Binningen ist finanziell gesund. Bedauert wird dennoch, dass auch diesmal kein Trend zum massvollen Rückgang der Staatsquote feststellbar ist. Deshalb muss die Frage gestellt werden, ob alles, was der Staat macht auch wirklich zu seinen Aufgaben gehört und wenn ja, zu welchem Preis.

JLB: *C. Fries:* In Anbetracht des guten Rechnungsabschlusses einerseits und der aktuellen Wirtschaftssituation andererseits ist es wichtig, dass jetzt Investitionen getätigt werden. Deshalb erinnert sie daran, dass der Bau einer Sportanlage noch aussteht, was einem grossen Bedürfnis der Bevölkerung entspricht.

FDP: *M. Zimmermann* weist darauf hin, dass der Aufruf zu antizyklischem Verhalten bzw. nach Investitionen zwar grundsätzlich richtig ist, aber zu spät kommt. Die Auswirkungen zeigen sich jeweils erst nach 2 bis 4 Jahren, wenn wieder Hochkonjunktur herrscht.

SP: *S. Zürcher* hat den Eindruck, dass die FDP-Fraktion bei angezogener Handbremse mit Vollgas fährt. Zuerst wurden Investitionen jahrelang blockiert und nun ist es angeblich zu spät dafür. Er kann diese Strategie nicht nachvollziehen.

Für *Präsident T. Petitjean* ist die Absicht der bürgerlichen Parteien völlig klar: Die Steuern sollen gesenkt werden. Er erklärt die Eintretensdebatte für abgeschlossen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer* ist als Finanzchef froh, einen guten Rechnungsabschluss präsentieren zu können, wobei dies noch vor wenigen Jahren anders war. Besonders positiv ist, dass Binningen keine Schulden mehr hat und dass - mit Ausnahme des Meiriacker-Schulhauses - keine Abschreibungen mehr vorgenommen werden müssen. Der Saldo von 32'000 Franken ist nicht enorm, wobei weitere 1,55 Mio Franken für Vorfinanzierungen vorgeschlagen werden können. Die Rücklagen für künftige Projekte können nicht verfallen. Nach fünf Jahren muss der Rat die einzelne Summe für ein Bauvorhaben nochmals bestätigen oder aber für ein anderes Projekt beschliessen. Von den 1,3 Mio. Mehraufwand entfällt eine Million Franken allein für Entschädigungen an Gemeinwesen, d. h. sind gesetzlich gebundene Ausgaben an den Kanton oder weitere Institutionen. Beim Personalaufwand ist darauf hinzuweisen, dass es auch Rückerstattungen z. B. von Unfallversicherungen gibt, welche nicht beim Aufwand ausgewiesen werden. Die hohen Steuererträge sind auf die Umstellung auf die einjährige Veranlagung zurückzuführen und werden sich daher nicht wiederholen. Unsicherheitsfaktor bleiben die Auswirkungen des Finanzausgleichs- und des Bildungsgesetzes. Festzuhalten ist, dass notwendige Investitionen vorgenommen werden und nicht um jeden Preis gespart wird.

Detailberatung: keine Wortmeldungen.

Einstimmig wird beschlossen:

5.1	Der Brutto-Überschuss 2002 wird wie folgt verwendet:	CHF
5.1.1	für zusätzliche Abschreibungen	3'406'118.60
5.1.2	für Vorfinanzierungen	1'550'000.00
5.1.3	als Zuweisung an das Eigenkapital	32'648.93
5.2	Die Gemeinderechnungen 2002 werden wie folgt genehmigt:	
5.2.1	Bestandesrechnung: Aktiven	48'915'539.74
	Passiven	48'882'890.81
5.2.2	Laufende Rechnung: Aufwand	66'052'958.94
	Ertrag	66'085'607.87
	Ertragsüberschuss	32'648.93
5.2.3	Investitionsrechnung: Ausgaben	6'153'788.25
	Einnahmen	2'598'282.40
	Nettoinvestitionen	3'555'505.85

Traktandum 6**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.4.2003 und Bericht der GRPK vom 19.5.2003:

151**Strategischer Entwicklungs- und Finanzplan 2000 - 2008 (SEF), rollende Anpassung 2003**

GRPK-Präsident M. Hopf: Wie es bereits von der SVP-Fraktionssprecherin beim vorhergehenden Geschäft erwähnt worden ist, sollen die Einkommens- und Vermögenssteuern um ein Prozent gesenkt werden. Eine Mehrheit der GRPK empfiehlt dem Gemeinderat, dies entsprechend im Budget 2004 vorzusehen. Aufgrund des erneut erfreulichen Rechnungsabschlusses ist dies vertretbar.

Eintreten:

FDP: *D. Anliker:* Obwohl der SEF nicht verbindlich ist und vom Einwohnerrat lediglich zur Kenntnis genommen werden kann, legt der Gemeinderat seine politische Strategie in diesem Dokument dar. Die Annahmen beim Aufwand liegen weit über dem, was bei der heutigen konjunkturellen Lage realistisch ist. Beispielsweise wird im Sozialbereich von einer Zunahme von 3 % ausgegangen. Diese Zahlen, welche sich auf Richtwertangaben des Kantons stützen, führen zu automatischen Kostensteigerungen, was inakzeptabel ist. Der Gemeinderat wird aufgerufen, als oberste planende und vollziehende Behörde seine Führungsrolle wahrzunehmen und ein gestrafftes Budget vorzulegen. Es stehen einige grössere Investitionen in den nächsten Jahren an, dabei ist besondere Sorgfalt geboten.

Grüne: *M. Schmidli* hält fest, dass die steigende Staatsquote nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass 80 - 85 % der Ausgaben gebunden oder z. B. teuerungsbedingt sind. Wenn mit der Steuersenkung der Standortvorteil der Gemeinde gestärkt werden soll, so muss darauf hingewiesen werden, dass gute Schulen, Angebote für Familien, Stadtnähe usw. mindestens ebenso zur Attraktivität beitragen. Eine Steuersenkung wirkt stossend, so lange dass Mitarbeiter/innen der Gemeindebibliothek nicht angemessen entlohnt werden oder bei den Kulturbeiträgen an Basel-Stadt gespart wird. Die Konjunkturlage ist nicht gerade alarmierend, doch sollte die gute Finanzlage von Binningen nicht wegen Steuergeschenken für einige Privilegierte aufs Spiel gesetzt werden.

SP: *S. Zürcher:* "Uns geht es gut, wir müssen den Gürtel enger schnallen." So kommt die Botschaft seitens der FDP und SVP bei ihm an. Nicht zuletzt dank der hartnäckigen Finanzpolitik dieser Parteien geht es der Gemeinde tatsächlich gut. Es darf aber nicht eine Situation geschaffen werden, welche wieder zum Sparen und Jammern berechtigt. Die Strategie, welche der Gemeinderat im SEF darlegt, wird von der SP-Fraktion mitgetragen. Die nötigen Mittel für die geplanten Investitionen müssen zur Verfügung gestellt werden.

FDP: *M. Zimmermann* kontert, dass das primäre Ziel sein muss, dass der Aufwand nicht ständig ansteigt. Aus beruflicher Erfahrung weiss er im Übrigen, dass der Steuersatz bei der Wohnsitzfestlegung ein wichtiger Entscheidungsfaktor darstellt.

FDP: *M. Hopf* meint, dass der Gürtel nicht enger aber auch nicht weiter geschnallt werden soll. Binningen hat im Vergleich mit anderen Gemeinden überdurchschnittlich hohe Investitionen, aber auch einen ebensolchen Aufwand pro Einwohner/in.

FDP: *M. Ziegler* reagiert auf das gefallene Stichwort "Steuergeschenke". Diese Aussage will er so nicht stehen lassen. Den Steuerzahlenden wird weniger weggenommen aber nichts geschenkt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer* verweist darauf, dass der SEF nicht nur aus Zahlen besteht; ein Bestandteil davon ist der den neuesten Erkenntnissen angepasste strategische Entwicklungsplan für die elf Produktgruppen und vier Leistungszentren. Zu diesen Zielsetzungen gab es praktisch keine Voten, was er als Zustimmung auffasst. Im Finanzplan 2001 konnte keineswegs eine gute Prognose gestellt werden, im 2002 zeigte sich eine positivere Perspektive und dieses Jahr sind die Aussichten durchaus erfreulich, selbstverständlich ohne dass die Zahlen frisiert wor-

den wären. Die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag ergab sich auf der Basis des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Künftig werden viele Aufwendungen vom Kanton getragen, vorab im Schulbereich. Andererseits wird der Ertrag sinken, z. B. bei den Nebensteuern. Bezüglich Selbstfinanzierungsgrad sieht es wieder besser aus.

FDP: *M. Metz* hält fest, dass das Parlament nicht auf die Entwicklung eingehen kann, weil im Bericht nichts über mittel- und langfristige Ziele zu lesen ist. Dies ist auch nicht die alleinige Aufgabe des Finanzministers. Er erwartet in dieser Hinsicht zukünftig ebenfalls eine Stellungnahme.

Gemeinderat J. Saxer verweist darauf, dass die Absichten in der ursprünglichen Vorlage vom März 2001 aufgezeigt worden sind. Die vorliegende enthält die aktualisierten Anpassungen. Es ist dem Einwohnerrat zudem unbenommen, auch Anregungen zu machen.

SVP: *E. Kohl* beschränkt sich auf die Feststellung, dass ihre Fraktion den vorliegenden Bericht tatsächlich still zur Kenntnis nimmt, was aber nicht unbedingt als Zustimmung aufgefasst werden darf.

Präsident T. Petitjean erwähnt, dass ihm Punkt 3 des GRPK-Berichts Mühe bereitet: Obwohl der SEF vom Einwohnerrat lediglich zur Kenntnis genommen werden kann, stellt die GRPK einen Antrag bzw. ladet sie die Exekutive zu einer Steuersenkung im Zusammenhang mit der Budgetvorlage für das Jahr 2004 ein. Gemäss Gemeindeordnung wird der Steuersatz jedoch erst im Dezember zu beschliessen sein.

GRPK-Präsident M. Hopf entgegnet, dass der Antrag bewusst als Empfehlung formuliert ist. Somit kann dies bereits jetzt bei der Budgetplanung berücksichtigt werden. Bei der Beratung des Voranschlags im Dezember ist es zu spät. Im Weiteren dient der Antrag gewissermassen als Meinungstest zu dieser Frage.

SP: *S. Zürcher* will wissen, ob denn erwartet wird, dass zwei Budgetvarianten erstellt werden.

M. Hopf antwortet, dass eines ausreicht. Sollte nämlich ein Überschuss ausgewiesen werden, ist das weniger schlimm als umgekehrt.

Mit 23 Ja, 14 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Gemeinderat wird eingeladen, das Budget 2004 mit einem Gemeindesteuersatz von 50 % zu erstellen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Antrag zusammen mit dem Budget 2004 zu unterbreiten.

://: Von der rollenden Anpassung des Strategischen Entwicklungs- und Finanzplans 2000 - 2008 (SEF) mit dem überarbeiteten Investitionsplan 2003 - 2010 sowie dem Finanzplan für die Jahre 2003 - 2007 wird Kenntnis genommen.

Präsident T. Petitjean schlägt vor, dass abschliessend der Jahresbericht behandelt wird und die Traktanden 7 und 9 auf die nächste Sitzung im August verschoben werden. Dieses Vorgehen wird stillschweigend akzeptiert.

Traktandum 7**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.3.2003 und Bericht der GRPK vom 27.5.2003:

144**Jahresbericht 2002**Eintreten:

FDP: A. Mati: Die Fraktion hat sich im Rahmen der Geschäftsprüfung mit einzelnen Themen der umfangreichen Tätigkeit von Verwaltung und Behörden vertieft auseinander gesetzt. Es ergab sich keinerlei Anlass für irgendwelche Beanstandungen. Lediglich die Forderung nach konsequenter Nennung der Vorjahreszahlen wird an dieser Stelle unterstrichen. Dem Antrag der GRPK wird vollumfänglich zugestimmt. Das heisst, der Bericht wird nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern genehmigt. Nach der Einführung der Leistungsaufträge ist in Zukunft auch im Jahresbericht grundsätzlich das Gewicht auf die Beschreibung der Wirkung der verschiedenen Tätigkeiten zu legen. Wenn Leistungs- und Wirkungsziel definiert sind, muss der Einsatz der Mittel am Erreichen dieser Ziele gemessen werden. Auf die versprochenen Leistungsaufträge wartet die Fraktion mit zunehmender Ungeduld.

GRPK-Vizepräsidentin V. Dubi fasst kurz zusammen, dass der Jahresbericht sehr sorgfältig und ausführlich abgefasst ist. Die wenigen fehlenden Details bzw. Zahlen werden inskünftig hoffentlich enthalten sein. Für die gute Arbeit dankt sie nochmals allen Beteiligten.

Stellungnahme des Gemeinderats: entfällt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Der Jahresbericht 2002 wird genehmigt.

Traktandum 8**Diverses**

Vizepräsident E. Rietmann dankt *T. Petitjean* herzlich zum Abschluss seines Präsidialjahrs für die souveräne und effiziente Leitung der Sitzungen. Er hat dem Rat viel Arbeit abgenommen, denn praktisch in jeder Sitzung kam ihm ein Präsidialentscheid zu.

T. Petitjean versichert, dass er das Amt gerne inne hatte, dass er sich aber auch wieder darauf freut, sich aus der CVP-Reihe zu Wort melden zu können. Er kündigt zum Abschluss eine musikalische Darbietung der "Mix pack" an, eine singende Damengruppe unter der Leitung von Daniel Wittlin, welcher am Klavier begleiten wird.